

# Newsletter

## Ausgabe 05/2013 Oktober



Bitte diese Information an die Gleichstellungsbeauftragte weiterleiten!

### Termine:

- LAG-Sitzung am **25. November 2013**
- Seminar: Seminar: Elterngeld und Elternzeit am **29. Oktober 2013**

### News:

- Beschlüsse der 23. GFMK
- djb fordert eine konsistente Gleichstellungspolitik
- Solange es keine Gleichstellung gibt, dürfen nur Frauen Gleichstellungsbeauftragte sein
- BDA: Der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung steigt weiter an
- Elterngeld erfreut sich großer Beliebtheit

### Neuerscheinungen:

- 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland erschienen
- Befristete Beschäftigung im öffentlichen Dienst trifft überwiegend Frauenberufe
- FES: Gleichstellung braucht starke Standards
- DJI-Länderstudie: Betreuungswünsche, Inanspruchnahme und Elternzufriedenheit

## Termine:

### LAG-Sitzung am 25. November 2013

Die nächste Sitzung der behördlich wirkenden Gleichstellungsbeauftragten in Rheinland-Pfalz (LAG-LGG) findet am Montag, den **25.11.2013**, an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in der linken Aula der alten Mensa statt.

**Datum:** 25.11.2013

**Uhrzeit:** 10:00 – ca. 16:00 Uhr

**Sitzungsort:** Johannes Gutenberg-Universität Mainz, alte Mensa, linke Aula.

Die [Einladung](#) einschließlich Wegbeschreibung und einem Antrag finden Sie im internen Bereich unserer Homepage unter der Rubrik LAG-Protokolle. Darin sind der Ablauf und die Tagesordnungspunkte der Sitzung enthalten.

[Hier](#) geht es zu unserem Online-Anmeldeformular.

Alternativ können Sie uns auch den in der Einladung vorgedruckten Rückmeldeabschnitt per Post oder Fax zukommen lassen.

Bitte melden Sie sich zur Erleichterung der organisatorischen Vorplanung bis 18. November an.

Bitte beachten Sie, dass Sie nur mit einem gültigen Benutzernamen und Passwort auf den internen Bereich Zugriff haben. Falls Sie noch keinen Zugang haben, können Sie diesen [hier](#) beantragen.

### Seminar: Elterngeld und Elternzeit (29. Oktober 2013)

Das Elterngeld und die Elternzeit stellen eine wichtige familienpolitische Leistung für Eltern in einer bestimmten Lebensphase des Kindes dar. Gleichstellungsbeauftragte sollen über die Inhalte der wesentlichen Regelungen unter Berücksichtigung der für Geburten ab 1.1.2013 geltenden Neuerungen durch das Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs und die Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst informiert sein, um in den Dienststellen kompetent beraten zu können.

#### Inhalte:

- Regelungen zum **Elterngeld**: Anspruchsvoraussetzungen, Einkommensermittlung und -berechnung, Anrechnung von Mutterschaftsgeld, Berücksichtigung anderer Lohnersatzleistungen; Leistungsdauer und Dehnungsoption, Geschwisterbonus, Progressionsvorbehalt.
- Regelungen zur **Elternzeit**: Anspruchsvoraussetzungen, Gestaltungselemente der Elternzeit und deren Flexibilisierung, Elternzeitverlangen und Fristen, Verlängerung und Beendigung der Elternzeit, Teilzeittätigkeit während der Elternzeit und ggf. deren Durchsetzung als Rechtsanspruch, beamtenrechtliche Regelungen des Bundes und der Länder sowie die Erhaltung von Rechten und Pflichten während der Elternzeit. Nach der Erarbeitung von theoretischen Grundlagen im ersten Teil der Veranstaltung, ist der zweite Teil der Praxis gewidmet. Hier ist Gelegenheit, den Frauenförderplan der eigenen Verwaltung genauer unter die Lupe zu nehmen und auf Optimierungsmöglichkeiten hin zu untersuchen.

**Termin:** 29. Oktober 2013, 9.30-16.30 Uhr  
**Anmeldeschluss:** 15. Oktober 2013  
**Referentin:** Manfred Cirkel, Oberamtsrat a. D., Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugendliche und Frauen in Rheinland-Pfalz; Abteilung Familie).  
**Anmeldung:** [Sonja Lux M.A.](#) oder [ZWW-Seminarshop](#)

## News:

### Beschlüsse der 23. GFMK

Das zentrale Thema der 23. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/innen (GFMK) in Magdeburg waren die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen. Um die Lohnlücke deutlich zu schließen, wird die Bundesregierung aufgefordert Vorschläge vorzulegen, Minijobs dort, wo sie reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verhindern, diese zu beseitigen. Auf die Forderung nach einem Entgeltgleichheitsgesetz konnte sich die GFMK nicht einigen. „Wenn die Lohnlücke deutlich reduziert werden soll, sind erhebliche Anstrengungen von Bund, Ländern und Tarifvertragsparteien nötig“, so die Vorsitzende der 23. GFMK Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt. Die Konferenz sprach sich mehrheitlich für ein geschlechtergerechtes Steuersystem aus und befürwortet somit die Abschaffung der Steuerklasse V, die bei Ehepaaren negative Erwerbsanreize für Personen mit geringem Einkommen setzt. Außerdem seien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Maßnahmen wie die Novellierung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes auf Bundesebene nötig. Zudem sollen Frauen bei dem Schritt in die Selbständigkeit besser unterstützt werden. Des Weiteren fordert die GFMK eine Evaluierung der Berufs- und Studienberatung. Darüber hinaus spricht sich die GFMK für einen 2-Jahres-Turnus der Erhebung des Merkmals „Frauen in Führungspositionen“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus. Die GFMK ersucht für das Dienstrecht die Frage einer geschlechtergerechten Personalbeurteilung zeitnah zu thematisieren und eine Arbeitsgruppe zu implementieren. In Hinblick auf die traditionell schlechtere Bewertung weiblicher Arbeitskräfte wird eine Studie im Pflegebereich in Auftrag gegeben, um Maßnahmen zum Abbau mittelbarer Diskriminierung aufzuzeigen. Die Vergabe von EU-Arbeitsmarkt-Fördergeldern zur Gleichstellung soll sich an der Gleichstellung der Geschlechter orientieren.

Im kommenden Jahr hat das Bundesland Hessen den Vorsitz der GFMK.

Die Pressemitteilung der GFMK mit weiteren Beschlüssen finden Sie [hier](#).

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 598/9)

### djb fordert eine konsistente Gleichstellungspolitik

Für die kommende Wahlperiode hat der Deutsche Juristinnenbund (djb) umfassende Forderungen bezüglich einer konsistenten und konsequenten Gleichstellungspolitik an die neue Bundesregierung gestellt. Der Forderungskatalog umfasst zentrale frauenpolitisch relevante Politikfelder wie z.B. Gleichstellung in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Dienst und im Vergaberecht, Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit

von privater Sorge und Familie mit der Erwerbsarbeit. Die Gleichstellungspolitik „muss sicherstellen, dass Frauen nicht immer wieder die Folgen von Gesetzen zu tragen haben, die auf unterschiedlichen Familienbildern beruhen – wie im Falle von Unterhaltsrecht und Einkommensteuerrecht.“

Quelle: [djb – Pressemitteilung](#)

## **Solange es keine Gleichstellung gibt, dürfen nur Frauen Gleichstellungsbeauftragte sein**

In Niedersachsen wird klargestellt, dass auch künftig nur Frauen als Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden dürfen, da es keine Voraussetzungen dafür gibt, Männer als solche zuzulassen. Die Begründung der niedersächsischen Frauenministerin Rundt (SPD) lautet, dass die ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern noch nicht verwirklicht sei, weshalb das niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) weiterhin stringent umgesetzt werde. Denn im Spitzenmanagement der Landesverwaltung waren im Sommer 2012 Frauen unterrepräsentiert. „Die Staatskanzlei hatte in den B-Gehaltgruppen und den vergleichbaren Entgeltgruppen überhaupt keine Frauen beschäftigt“, so Rundt und führt weiter aus, dass nur vier Ministerien den Frauenanteil von 30% erreicht oder überschreitet. Tendenziell verläuft die Entwicklung des Frauenanteils in sechs Fällen positiv und in vier Fällen negativ. „In den obersten Landesbehörden ist der Frauenanteil umso kleiner, je höher die Besoldungs- oder Entgeltgruppe ist.“ Aufgrund sehr geringer Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse – kaum in Teilzeit arbeitende Männer und wenig Frauen in Führungspositionen – hält Rundt daran fest, dass weiterhin Frauen als Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 598)

## **BDA: Der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung steigt weiter an**

Sowohl die Erwerbstätigkeit von Frauen als auch Älterer nimmt seit Jahren zu. Laut der Stellungnahme der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ist die Erwerbstätigenquote von Frauen nach aktuellen Zahlen von Eurostat weiter gestiegen. In Deutschland lag die Quote mit 71,5% über dem EU-Durchschnitt von 62,3%. Auch sei der Frauenanteil in Aufsichtsräten laut der „5. Bilanz der Chancengleichheit von Frauen und Männern“ stetig gestiegen.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 599)

## **Elterngeld erfreut sich großer Beliebtheit**

Das Bundesministerium teilte mit, dass das Elterngeld weiterhin gerne in Anspruch genommen wird. Auch immer mehr Väter nutzen das Elterngeld. Von 2011 auf 2012 ist die Vaterquote um zwei Prozentpunkte gestiegen und beträgt für das Jahr 2012 28,2%. Die durchschnittliche Dauer des Elterngeldbezugs beträgt bei Vätern 3,3 Monate und bei Müttern 12 Monate.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 599)

## Neuerscheinungen:

### 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland erschienen

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) veröffentlicht den 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Der Atlas dokumentiert überregionale Unterschiede in der Partizipation, Bildung, Berufswahl und wissenschaftliche Qualifikationen, Arbeit und Einkommen und dem Bereich Lebenswelt.

In Rheinland-Pfalz beträgt der Frauenanteil bei obersten Landesbehörden im Jahr 2011 28% und schneidet mit einer Veränderung von 6% im Ländervergleich zu 2008 gut ab. Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter drei Jahren beträgt 32%. Damit ist die Erwerbstätigkeit von Müttern leicht zurückgegangen. Bezüglich der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern befindet sich Rheinland-Pfalz mit einem unveränderten Gender Pay Gap von 22% im bundesweiten Mittelfeld.

Weitere Details können Sie [hier](#) im 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland nachlesen.

Quelle: [2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland](#)

### Befristete Beschäftigung im öffentlichen Dienst trifft überwiegend Frauenberufe

Die Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung (Beamtenbund und Tarifunion Bundesfrauenvertretung), Helene Wildfeuer, wies darauf hin, „dass im öffentlichen Dienst vor allem in jenen Bereichen, in denen überwiegend Frauen tätig sind, anscheinend keine Hemmungen bestehen, überdurchschnittlich häufig befristet einzustellen“. Diese Entwicklung sei hinderlich für „die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz“, so Wildfeuer. Ein [Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung \(IAB\)](#) zur Entwicklung von befristeter Beschäftigung in Deutschland stellt dar, dass im öffentlichen Dienst vor allem in den Bereichen „Erziehung und Unterricht“ und „Öffentliche Verwaltung“ häufig befristet eingestellt werde. Der Frauenanteil in den genannten Bereichen liege deutlich über 50 Prozent.

Quelle: Frauenpolitischer Dienst-fpd (Ausgabe 597)

### FES: Gleichstellung braucht starke Standards

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veröffentlicht eine Expertise zu guten Standards für Landesgleichstellungsgesetze. Die Broschüre stellt Mindestanforderungen auf, die in Landesgleichstellungsgesetze für eine moderne Gleichstellungspolitik enthalten sein müssen – wie die Stärkung der Position der Gleichstellungsbeauftragten.

Quelle: [FES-Broschüre: Gleichstellung braucht starke Standards](#)

## DJI-Länderstudie: Betreuungswünsche, Inanspruchnahme und Elternzufriedenheit

Die aktuelle Länderstudie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) kommt zu dem Ergebnis, dass es trotz erheblicher Ausbaufolge und des Ausbleibens einer Klagewelle nach Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz an ausreichender Kinderbetreuung fehle. 25% der Befragten melden einen „Intensivbedarf“ mit mindestens 42 Stunden Kita-Betreuung pro Woche. Insbesondere im Westen Deutschlands fehle es an örtlicher und zeitlicher Passgenauigkeit der Kindertagesbetreuung. Insgesamt steige der Betreuungsbedarf ab dem 1. Geburtstag der Kinder. Bundesweit benötigen knapp 47% der Eltern eine Kita- oder Tagespflegeplatz. Bundesweit wünschen sich 62,5% der Eltern von 2-jährigen Kindern einen Betreuungsplatz – im Westen Deutschlands 57% und im Osten 86%.

Quelle: [DJI-Pressemitteilung](#)

---

### V.i.S.d.P.

#### Barbara Lampe

Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
55099 Mainz  
T: 06131/3925417  
E: [lampe@zww.uni-mainz.de](mailto:lampe@zww.uni-mainz.de)